

Hochwassergefahren- Grundsätzliche Möglichkeiten einer Kommune damit umzugehen

Informationsveranstaltung Hochwasserschutz am 18.5.2015

Klaus Ruff, Amtsleiter
Amt für Wasser und Bodenschutz



Überblick

- ✓ Datengrundlagen
- √ Kommunales Hochwasserschutzkonzept
- ✓ Fachliche Prüfung der Ausnahmevoraussetzungen zum Bauen im ÜSG
- ✓ Spielregeln für Retentionsausgleich durch Hochwasserschutzregister
- √ Konsequenzen f
 ür kommunale Hochwasserschutzstrategie

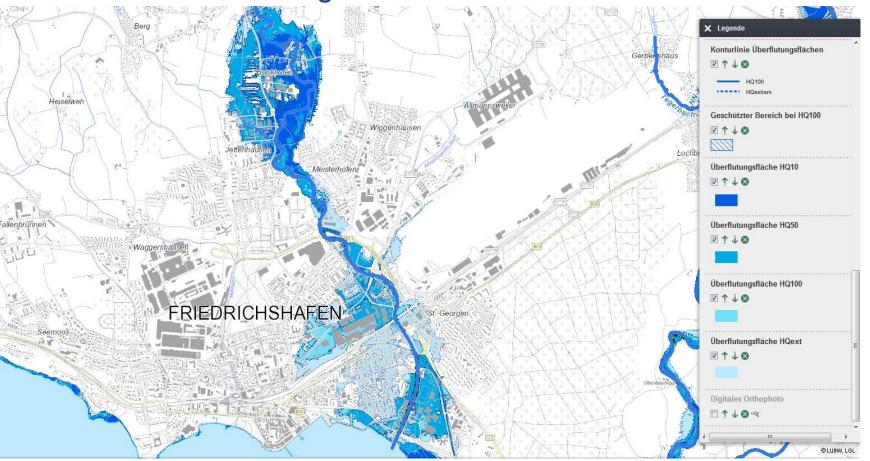




HWGK als Beurteilungsgrundlage

Kartentyp:

- ✓ Überflutungsflächen
- ✓ Überflutungstiefen







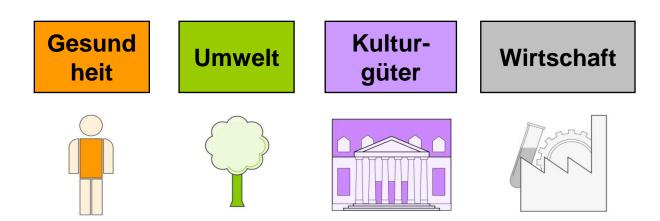
Hochwasserrisikomanagementplanung (HWRMP)

Grundidee: Vom Schutz vor Hochwasser stärker zum Umgang mit dem <u>Hochwasserrisiko</u>:

vom "es soll trocken bleiben"

zum "es soll möglichst wenig passieren"

für die Schutzgüter:







Inhalt der Richtlinie- Maßnahmenplanung

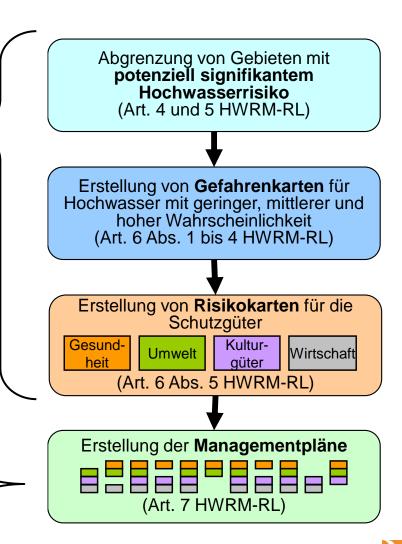
 Informationen über Gefahren und Risiken ermitteln

Risiken analysieren

Handlungsbedarf aufzeigen

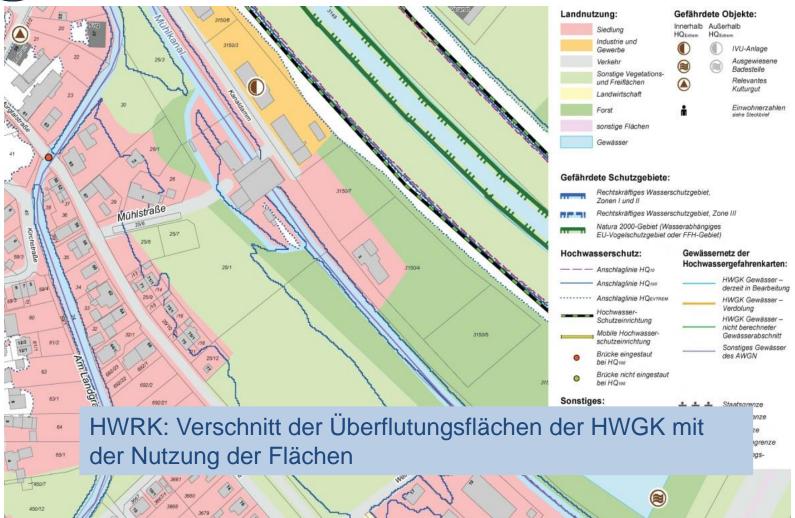
Maßnahmen planen

Ergebnisse dokumentieren





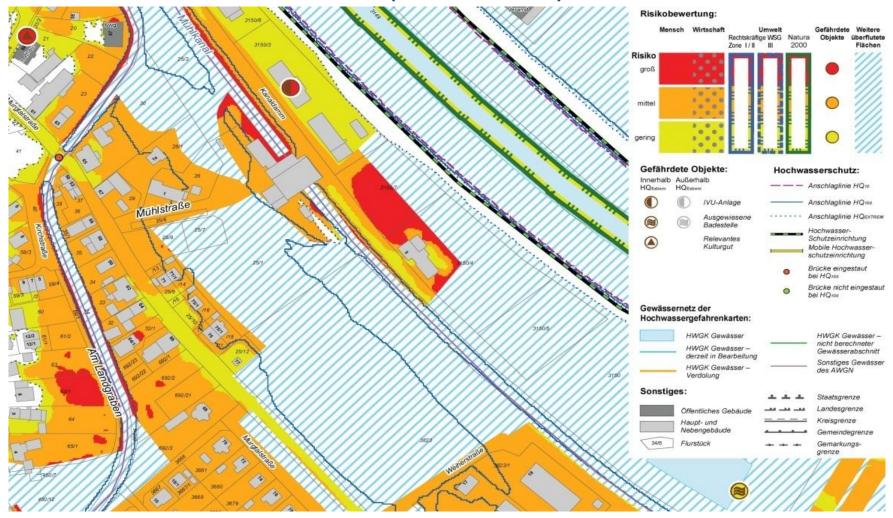
Hochwasserrisikokarte (HWRK)







Hochwasserrisikobewertungskarte (HWRBK)







Maßnahmenbericht



Hochwasserrisikomanagementplanung in Baden-Württemberg

Maßnahmenbericht Starzel

Hochwasserrisikomanagementplan Neckar

Maßnahmen im Bereich des Projektgebiets Starzel

(Maßnahmenbericht Starzel)

vorgelegt dem Regierungspräsidium Tübingen

von INFRASTRUKTUR & UMWELT

Stand 17. April 2012





- ✓ allgemeiner Teil mit Erläuterungen des Vorgehens
- ✓ Maßnahmenbeschreibungen
- gemeindescharf: Verbale Risikobeschreibung mit Auflistung:

Wo bestehen Gefahrenschwerpunkte

Was wurde bereits getan

Was ist zu tun

Wer ist Akteur

Wann ist der Umsetzungszeitraum





Betroffene Bereiche durch HWGK/ HWRBK jetzt bekannt!

- ✓ Wie groß ist das Gefahren- und Schadenspotetial?
- ✓ Kann eine Risikominderung durch Hochwasservorsorgemaßnahmen erreicht werden?
- ✓ Wie ist Kosten-/ Nutzenverhältnis einer HW- Schutzmaßnahme?
- ✓ Wie viel potentielle Innenbereichsvorhaben liegen im ÜSG?
- ✓ Ist durch HW- Schutzmaßnahmen (Dammerhöhung, HW-Rückhaltenecken,...) ist ein angemessener Hochwasserschutz zu erreichen(Variantenuntersuchung)?
- ✓ Ist eine interkommunale Lösung denkbar?
- ✓ Kommunales Hochwasserschutzkonzept für jede betroffene Kommune erforderlich





Kommunales Hochwasserschutzkonzept

- ✓ Vielzahl von Lösungsmöglichkeiten stehen zur Verfügung
- √ Keine Einheitslösung
- ✓ Interkommunale Lösungen prüfen
- ✓ Hochwassereinsatz- und Alarmplan wichtig!
- ✓ Starke Betroffenheit der Bestandsbebauung/ hohes Schadenspotential
 - Schutz der Bebauung durch HW Schutzmaßnahmen (Dämme, HWRB)
 - > Bestandsbebauung ist anschließend geschützt, ÜSG entfällt, Bauverbot entfällt
- ✓ Geringe Betroffenheit der Bestandsbebauung/ geringes Schadenspotential
 - ➤ HW- Vorsorgemaßnahmen (hochwasserangepasstes Bauen, Regelungen i. R. Einsatz- und Alarmplanung....) kommen zum Einsatz
 - ÜSG bleibt bestehen, Bebauung nur i. R. einer Ausnahmegenehmigung möglich





Bauplatz reserviert, jetzt ÜSG was nun?

Grundsätzlich gilt erst einmal Bauverbot!







Ausnahme-Voraussetzungen

- ✓ Ausnahme vom Bauverbot nur möglich, wenn ...
 - Hochwasserrückhaltung nicht oder nur unwesentlich beeinträchtigt wird und
 - hochwasserangepasst gebaut wird und
 - bestehender Hochwasserschutz nicht beeinträchtigt wird und
 - Wasserstand und Hochwasserabfluss nicht nachteilig verändert werden und

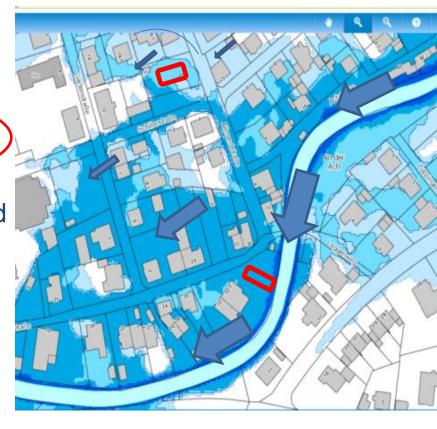
- Verlust von verloren gehendem Rückhalteraum zeitgleich ausgeglichen wird
- also kumulativ!





Fachliche Prüfung

- Wasserstand und Hochwasserabfluss nicht nachteilig verändert werden und
- ✓ hochwasserangepasst gebaut wird und
- ✓ bestehender Hochwasserschutz nicht beeinträchtigt wird und
- ✓ Hochwasserrückhaltung nicht oder nur unwesentlich beeinträchtigt wird und



Nachweis durch <u>wasserwirtschaftliches</u> <u>Gutachten</u> oder durch Einschätzung anhand eigener Fachkenntnis





✓ Verlust von verloren gehendem Rückhalteraum zeitgleich ausgeglichen wird

Nachweis durch Ausgleich des Bauherren auf eigenem Grundstück oder: Hochwasserschutzregister durch Gemeinde



- ✓ Wenn Bauherr keinen eigenen Retentionsraumausgleich auf dem (eigenen) Grundstück nachweisen kann:
- ➤ So lange auch keine weitere Innenentwicklung im ÜSG !!!!!





Ausgleichsmodalitäten

- ✓ Nachweis der Genehmigungsvoraussetzungen durch den Bauherrn
- ✓ zeitgleicher <u>Ausgleich</u> bedeutet auch im Wesentlichen funktions- und umfangsgleich
- ✓ auszugleichen ist das Bauvolumen bei Wasserstand bis HQ100
- ✓ Ausgleich auf Baugrundstück
 - "Abgrabung" / Geländemodellierung
 - Gebäudeabbruch
- ✓ oder ansonsten durch Retentionsmaßnahmen im ÜSG über Hochwasserschutzregister





Hochwasserschutzregister (HWSR)

- ✓ Hochwasserschutzregister als weitere Ausgleichsmöglichkeit
 - ▶ § 65 Absatz 3 Satz 2 und Satz 3 WG: Der zeitgleiche Ausgleich des Verlust von verlorengehendem Rückhalteraum (§ 78 Absatz 3 Satz 1 Nummer 1 WHG) kann über ein Hochwasserschutzregister erfolgen, dem kommunale Maßnahmen zur Schaffung von Rückhalteraum zum Ausgleich zu Grunde liegen. Das Hochwasserschutzregister führt die Gemeinde. Die Gemeinde kann durch Satzung insbesondere regeln:
 - 1. Anlegen und Führen des Registers
 - 2. Durchführung des Ausgleichs im Einzelfall
 - 3. Kostenerstattung





Vorgaben für Hochwasserschutzregister

✓ <u>verloren gehender</u> Rückhalteraum ist auszugleichen –
 d. h. kommunale Maßnahmen gelten erst nach dem
 22.12.2013

- ✓ <u>funktionsgleicher</u> Ausgleich wird gefordert d. h.
 - > keine Beschränkung auf einen konkreten Ort, aber
 - Beschränkung auf das Flussgebiet, womit Maßnahmen
 - √ sowohl auf dem Gemeindegebiet als auch
 - √ interkommunal möglich werden





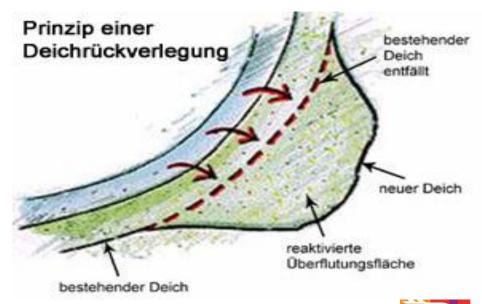
Grundsätze- Retentionsraumausgleich

- ✓ Was wollen wir nicht?
 - ✓ Löcher in der Landschaft

✓ Was wollen wir?

- ✓ größere, wirksame Maßnahmen
- ✓ ggf. interkommunaleLösungen zwischen Oberund Unterlieger
- ✓ ggf. Mehrfachnutzenz. B. mit Ökokonto!







mögliche Maßnahmen im HWSR

Beispiele:

- ✓ Aktivierung von Altarmen und ehemaligen Überschwemmungsflächen
- ✓ Dammrückverlegungen
- ✓ Verbreiterung von Abflussquerschnitten durch Gewässerrenaturierungen oder -aufweitungen
- ✓ Aufstau an bestehenden / geplanten Querstrukturen im Talraum wie z. B. Straßendämme, Lärmschutzwände o.ä.
- ✓ Bau und Aktivierung von Rückhalteräumen (z. B. an bestehenden Weihen)
- ✓ "Abgrabung" / Geländemodellierung von Flächen im Überschwemmungsgebiet (bspw. "Flutmulde")
- Maßnahmen müssen It. Gesetz realisiert sein Planungen allein reichen nicht aus!



ausgeschlossene Maßnahmen

- ✓ Nicht anerkannt werden können Rückhalteräume, ...
 - ✓ die Menschenleben gefährden könnten, z. B.
 - ✓ in erster Linie anderen Zwecken gewidmete Kellerräume
 - ✓ Tiefgaragen
 - ✓ deren Volumen nicht dauernd zur Verfügung steht, z. B.
 - ✓ Kanalisationen
 - ✓ RÜBs, RRBs
 - ✓ Wasserbecken, Schwimmbäder





Mustersatzung

- ✓ Städtetag bzw. Gemeindetag haben die Mustersatzung zwar fertig gestellt, aber...
- ✓ Veröffentlichung derzeit nicht möglich, weil ...
- ✓ Probleme in Zusammenhang mit der Kostenerstattung
 - ✓ Rechtsgrundlage ggf. nicht ausreichend
 - ✓ Berechnung der Kosten noch unklar
- ✓ Zur Klärung wurde/ wird ein Rechtsgutachten in Auftrag gegeben
- Verzögerung zwar ärgerlich, Regelung wird aber in absehbarer Zeit kommen...





Konsequenzen für betroffene Kommunen

- ✓ Hochwasserschutzkonzept zeitnah angehen
 - ✓ Varianten- und Alternativenprüfung
 - ✓ Abstimmung mit Ober- und Unterliegergemeinden (ggf. Interkommunale Zusammenarbeit)
 - ✓ Einbindung der UWB schon zu Beginn der Planung
 - √ Öffentliche Fördermittel nutzen
 - ✓ Synergieeffekte nutzen (z. B. mit Ökokonto)
 - ✓ <u>Hochwasserschutzregister kann ein Lösungsweg sein</u>





Danke fürs Zuhören



Juni 2013 in Grimma

